



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 13 10 wird der Ansatz im Tit. 633 81 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs) für das Jahr 2024 von 94.300,0 Tsd. Euro um 94.300,0 Tsd. Euro auf 188.600,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 10 wird der Ansatz im Tit. 633 81 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs) für das Jahr 2025 von 94.300,0 Tsd. Euro um 94.300,0 Tsd. Euro auf 188.600,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Ziel ist es, die Fahrgastzahlen im ÖPNV gegenüber 2019 bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Dazu muss auch das Angebot im allgemeinen ÖPNV erhöht werden. Die ÖPNV-Aufgabenträger brauchen daher mehr ÖPNV-Zuweisungen. Seit 2019 sind im Staatshaushalt 94,3 Mio. Euro veranschlagt.